Deutscher Bundestag **Drucksache 17/5809**

17. Wahlperiode 12. 05. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Innenausschusses (4. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Günter Krings, Dr. Hans-Peter Uhl, Reinhard Grindel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Gisela Piltz, Manuel Höferlin, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/5194 –

zu der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat Auf dem Weg zu einer verstärkten europäischen Katastrophenabwehr: die Rolle von Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe
(KOM(2010) 600 endg.; Ratsdok. 15614/10)
hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 2 des Grundgesetzes i. V. m. § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union

Katastrophenabwehr in Europa effektiv gestalten

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Tempel, Sevim Dağdelen, Heike Hänsel, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/4672 –

zu der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat Auf dem Weg zu einer verstärkten europäischen Katastrophenabwehr: die Rolle von Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe
(KOM(2010) 600 endg.; Ratsdok. 15614/10)
hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 2 des Grundgesetzes i. V. m. § 9 des Gesetzes über die Zusammenarbeit von Bundesregierung und Deutschem Bundestag in Angelegenheiten der Europäischen Union

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP begrüßen grundsätzlich sowohl das Bestreben der Kommission, die Katastrophenabwehr effektiver und effizienter zu gestalten, als auch eine engere Verzahnung von Katastrophenschutz und humanitärer Hilfe. Sie weisen aber darauf hin, dass der Katastrophenschutz maßgeblich Sache der Mitgliedstaaten bleiben müsse. Die Bundesregierung solle daher bei allen Überlegungen und Maßnahmen zum Ausbau des europäischen Katastrophenschutzes auf die Beachtung des Substitutionsverbots und des Subsidiaritätsprinzips hinwirken. Zudem solle sie, bei gleichzeitiger Förderung der Eigenverantwortung der Mitgliedstaaten, Maßnahmen unterstützen, die das bestehende Gemeinschaftsverfahren effizienter und effektiver machen sowie die Mobilisierung der verfügbaren Ressourcen beschleunigen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion DIE LINKE. fordert mit ihrem Antrag, die Bundesregierung solle sich im Rat für eine zivile, von sicherheitspolitischen Erwägungen unabhängige Katastrophenabwehr einsetzen. Insbesondere seien eine Verzahnung ziviler und militärischer Instrumente zur Katastrophenabwehr von der Bundesregierung abzulehnen sowie die primäre Verantwortung des betroffenen Staates sicherzustellen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/5194 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4672 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/5194 anzunehmen,

b) den Antrag auf Drucksache 17/4672 abzulehnen.

Berlin, den 11. Mai 2011

Der Innenausschuss

Wolfgang Bosbach
Vorsitzender

Beatrix Philipp
Berichterstatterin

Gerold Reichenbach
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Frank Tempel
Berichterstatter

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Beatrix Philipp, Gerold Reichenbach, Hartfrid Wolff (Rems-Murr), Frank Tempel und Dr. Konstantin von Notz

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/5194** wurde in der 99. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. März 2011 an den Innenausschuss federführend sowie an den Auswärtigen Ausschuss, den Sportausschuss, den Verteidigungsausschuss und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/4672** wurde in der 90. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Februar 2011 an den Innenausschuss federführend sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie in der 93. Sitzung des Deutschen Bundestages am 24. Februar 2011 zusätzlich an den Auswärtigen Ausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 37. Sitzung am 11. Mai 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Sportausschuss** hat in seiner 31. Sitzung am 11. Mai 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 88. Sitzung am 11. Mai 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Annahme des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 38. Sitzung am 11. Mai 2011 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag anzunehmen.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 32. Sitzung am 23. März 2011 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat in seiner 32. Sitzung am 23. Februar 2011 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat in seiner 28. Sitzung am 23. Februar 2011 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags empfohlen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 32. Sitzung am 23. Februar 2011 mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Innenausschuss hat die Anträge in seiner 39. Sitzung am 11. Mai 2011 abschließend beraten.

Den Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/5194 empfiehlt der **Innenausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD anzunehmen.

Den Antrag der Fraktion DIE LINKE. auf Drucksache 17/4672 empfiehlt der **Innenausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. abzulehnen.

Berlin, den 11. Mai 2011

Beatrix Philipp
Berichterstatterin

Gerold Reichenbach
Berichterstatter

Hartfrid Wolff (Rems-Murr)
Berichterstatter

Frank Tempel
Berichterstatter

Dr. Konstantin von Notz
Berichterstatter

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333